

Trotz hoher Miete zieht nur jeder Zehnte um

Hartz-IV-Empfänger sparen oft am Essen oder suchen sich Jobs, um die Wohnung zu halten

Thorkit Treichel

Rund 400 Familien, die Hartz IV beziehen, müssen pro Jahr gezwungenermaßen umziehen. Weil die Mietobergrenzen für ihre Wohnungen überschritten sind, sind die Job-Center in diesen Fällen nach einer gewissen Zeit nicht mehr bereit, mehr als den gesetzlich vorgesehenen Mietzuschuss zu bezahlen. Diese Zahl gab gestern die "AG Notruftelefon - Kampagne gegen Zwangsumzüge" bekannt.

Allerdings zieht nicht einmal jede zehnte Familie, deren Wohnung zu teuer ist, tatsächlich um. "Die meisten finden keinen preiswerteren Ersatz und bestreiten die Differenz zwischen dem staatlichen Zuschuss und der Miete aus dem ohnehin schon knappen Regelsatz", sagte Karin Schwabe vom Notruftelefon.

Die Folgen: "Die Menschen müssen zur Berliner Tafel gehen", sagte sie. "Jeder Vierte hungert sogar." Dies sei das Ergebnis einer stichprobenartige Umfrage des Notruftelefons unter 50 betroffenen Hartz-IV-Empfängern.

So weit ist es bei der 32-jährigen Frau noch nicht, die zum Pressetermin eingeladen wurde. Die Alleinerziehende berichtete, dass sie mit ihrem Sohn aus ihrer Zwei-Zimmer-Wohnung in der Wilhelmstraße in Kreuzberg ausziehen soll. "Ich finde aber keine billigere Wohnung in Kreuzberg. Und an den Stadtrand ziehe ich nicht." Ihre monatliche Warmmiete beträgt 475 Euro und liegt 31 Euro über der Mietobergrenze. Die Differenz bezahlt ihre Mutter. Seit fünf Jahren bezieht die junge Frau Hartz IV. Früher war sie als Stationshilfe in einem Krankenhaus tätig. "Doch mit einem Kind kann ich nicht im Schichtdienst arbeiten."

Knapp 5 800 Familien mit Hartz IV lebten im vergangenen Jahr in Wohnungen, deren Miete oberhalb der vom Senat bestimmten Grenze liegt. Rund 4 000 von ihnen wurden von den Job-Centern aufgefordert, die Kosten für die Unterkunft zu senken. Dies gelang nach Angaben von Karin Baumert vom Notruftelefon etwa der Hälfte, indem sie einen Untermieter aufnahmen oder mit der Wohnungsgesellschaft einen Mietnachlass aushandelten. "Andere haben sich Ein-Euro-Jobs gesucht", sagte sie.

Die Differenz zwischen Zuschuss und Miete bewege sich zwischen 20 und 250 Euro monatlich. Sie forderte die Job-Center auf, die Wirtschaftlichkeit eines Umzugs in jedem Einzelfall zu prüfen. Den Job-Centern warf sie "Behördenwillkür" vor. "Ein Drittel der Kürzungen des Mietzuschusses sind nicht rechters", sagte sie. Zudem sei nicht geregelt, wie viel die Job-Center für einen Umzug bezahlen.

Der Senat hat im März den Mietzuschuss für Ein-Personen-Haushalte um 18

Euro auf 378 Euro erhöht. "60 Prozent der Hartz-IV-Empfänger leben allein", sagte die Sprecherin der Senatssozialverwaltung, Anja Wollny. Sie kündigte an, dass nach Veröffentlichung des Mietspiegels 2009 im Sommer die Richtwerte für größere Wohnungen überprüft würden. Bis dahin sei vereinbart worden, dass kein Hartz-IV-Empfänger wegen der 2008 gestiegenen Betriebs- und Nebenkosten aus seiner Wohnung ziehen müsse.

Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Linke) ließ mitteilen, sie beobachte die Entwicklung mit Sorge, dass nicht mehr überall genug preiswerter Wohnraum vorhanden sei. "Hartz-IV-Empfängern muss es möglich sein, in allen Bezirken leben zu können", sagte sie.